

# Italien – was nun?

Mit ihren Haushaltsplänen mischt die rechtspopulistische Regierung die Europäische Währungsunion (EWU) auf



Die sind ja ganz schön keck – die Italiener\_innen. Spucken Brüssel so richtig in die Suppe. Sie lassen nicht ab von ihrem Plan, sich in Höhe von 2,4 Prozent ihres Volkseinkommens neu zu verschulden. Das dürfen sie aber nicht. So hat die EU das mal festgelegt – auch unter Beteiligung der damaligen italienischen Regierung (s. Kasten S. 32).

Was bezweckt die populistisch-rechtskonservative Regierung mit ihrem Star Matteo Salvini von der Lega mit diesem Vorhaben und wer spielt da mit dem Feuer? Salvini, der direkt die EU herausfordert und indirekt die Deutschen auffordert, von ihrer aggressiven Wirtschaftspolitik abzulassen oder jene Phalanx von Staaten, allen voran Deutschland, die nicht bereit sind, größere finanzielle Beiträge zu leisten, um die Fliehkräfte innerhalb der EU einzudämmen? Vor dem Hintergrund der Drohkulisse eines Zusammenbrechens der Währungsunion wird es innerhalb der EU noch viele Diskussionen geben. Den Vorwurf, dass Deutschland sich auf Kosten der übrigen EU-„Partnerländer“ dank gemeinsamer Währung Vorteile verschafft hat, gar auf diese Weise – quasi undercover – zu einer Art Hegemon innerhalb Europas heranzuwachsen, wird man dauerhaft nur entkräften können, wenn man bereit ist, mehr Verantwortung für die sozialen Verwerfungen in den von der Krise hart betroffenen Ländern innerhalb der EWU zu übernehmen.

In der hlz 7-8/2018 habe ich auf S.42-44 unter der Überschrift „Jetzt ham wir den Salat“ ver-

sucht aufzuzeigen, wie durch die deutsche Politik die übrigen EU-Länder in die Bredouille geraten sind. Zusammengefasst: Durch ein jahrelanges Lohndumping (Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivitätsrate) haben sich die Deutschen Wettbewerbsvor-

---

*Den Vorwurf, dass Deutschland sich auf Kosten der übrigen EU-„Partnerländer“ dank gemeinsamer Währung Vorteile verschafft hat, gar auf diese Weise – quasi undercover – zu einer Art Hegemon innerhalb Europas heranzuwachsen, wird man dauerhaft nur entkräften können, wenn man bereit ist, mehr Verantwortung für die sozialen Verwerfungen in den von der Krise hart betroffenen Ländern innerhalb der EWU zu übernehmen*

---

teile verschafft, die auf Kosten der übrigen EU-„Partnerländer“ gingen. Die dadurch zustande gekommenen Handelsbilanzüberschüsse hätten, wenn es die D-Mark noch gegeben hätte, zu einer starken Aufwertung geführt, was wiederum die deutschen Produkte für ausländische Käufer\_innen verteuert hätte. Die Nachfrage wäre gesunken. Die anderen Länder hätten wieder eine Chance gehabt, auch

ihre Produkte im Ausland verkaufen zu können. Dieses Korrektiv ist mit Einführung des Euros aus der Welt geschafft worden.

Wenn aber auf diese Weise die benachteiligten Länder in der EU nun mit einer höheren Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als mit höheren Staatsausgaben die damit einhergehenden sozialen Probleme abzumildern.

Dies beschreibt kurzgefasst die Struktur der italienischen Krise. Die jetzige Regierung versucht nun, die wirtschaftlich starken Länder in der EU – und Deutschland nimmt dabei die Schlüsselrolle ein – dazu zu bewegen, mehr Verantwortung zu übernehmen. Das, was schon im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise in der Diskussion war, kommt unweigerlich wieder auf den Tisch.

Wenn für die Misere der von Krisen geprägten europäischen Mitgliedsländer der EU ursächlich die wirtschaftlich Starken verantwortlich sind, ist es nur mehr als verständlich, Solidarität einzufordern. Vordergründig geht dies über die Forderung nach Lockerung der Stabilitätskriterien, im Hintergrund steht aber die Forderung, dass man die europäische Zentralbank (EZB) mit dem Recht ausstattet, den Mitgliedsstaaten der EWU Geld zur Verfügung zu stellen. Für diese dann von der EZB auszugebenden so genannten Euro-bonds wären dann alle Mitgliedsländer haftbar. Das heißt, das Risiko wäre höher und somit müssten diese Papiere vor dem Hintergrund der heutigen

Finanzmarktsituation mit einem höheren Zins ausgestattet werden, als bspw. Gläubiger zurzeit bereit sind, für deutsche Staatspapiere auszugeben. M.a.W.: die Zinslasten für die wirtschaftlich starken Länder würden steigen, die für die schwachen sinken.

Die andere Variante traktiert Macron. Er will letztlich einen europäischen Haushalt, bei dem nationale Souveränitätsrechte aufgegeben werden müssten. Deutschland müsste dann sicherlich mehr zahlen, als es jetzt als so genannter Nettozahler leistet. Die eine oder die andere Lösung durchzusetzen dürfte die strategische Überlegung Salvinis sein. Dagegen richtet sich deutlich der vor allem aus konservativen Kreisen in Deutschland unüberhörbare Aufschrei: Keine Transferunion!

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Wenn Konservative diesen Begriff ins Feld führen, dann ist damit gemeint, dass Deutschland – so gefühlt – ohnehin schon die Hauptlast

### Was soll das in der hlz?

Austeritätspolitik, wie sie derzeit, allen voran Deutschland, propagiert wird und nicht zuletzt durch die Schuldenbremse gar Verfassungsrang erhielt, trifft diejenigen Staaten, die mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, sicherlich stärker als zurzeit die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. So etwas kann sich schnell ändern. Auch Deutschland sah sich unter Kanzler Schröder sowohl 2002 als auch 2003 gezwungen, die Neuverschuldung über das in Maastricht ausgehandelte Maß zu steigern.

In jedem Fall ist die staatliche Ausgabenpolitik gerade in der Krise entscheidend davon abhängig, ob und in welchem Maße sich der Staat verschulden darf. Und da die Ausgaben für Bildung in jedem Land einen der größten Posten darstellen, kann uns – ganz abgesehen davon, dass die Dinge letztlich alle miteinander zusammenhängen – nicht egal sein. Also, auch wenn's manchmal etwas schwierig scheint und um die Ecke daher kommt: Es lohnt sich, ein paar Gedanken darauf zu verschwenden.

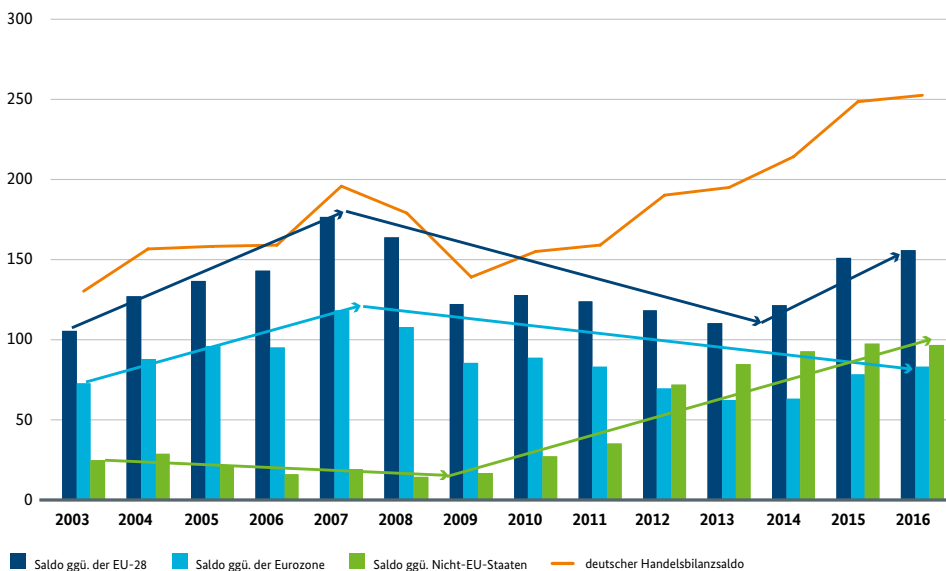
JG

in der EU trägt. Wenn die französischen Gewerkschaften in einer gemeinsame Erklärung mit dem DGB diesen Begriff verwenden (s. S. 35), meinen sie es umgekehrt: Dann geben sie der Einschätzung der allermeisten im politischen Geschäft sich Bewegenden wieder, dass die Krise im Süden genau durch die oben

beschriebenen Mechanismen verursacht ist.

Dass mittlerweile 80 Prozent der Deutschen der Meinung sind, dass wir mit der EU und dem Euro gut bestellt sind, lässt sich durchaus als Hinweis interpretieren, dass man anerkennt, dass der Euro ‚uns‘ was gebracht hat. Die noch vor nicht

**Entwicklung des deutschen Handelsbilanzsaldos nach Regionen (Waren)**  
in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

aus: Fakten zum deutschen Außenhandel  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, 2017, S. 6

**Es gilt: Was des Einen Überschuss, ist des Anderen Defizit**

langer Zeit lautstarke Kritik der Euro-Skeptiker bis Gegner von AfD und Teilen der Union ist vielleicht nicht verstummt, aber deutlich leiser geworden. Sie wird erst wieder aufflammen, wenn es tatsächlich zu härteren Forderungen seitens derjenigen Mitgliedsstaaten kommen sollte, die sich gegenwärtig noch mit zahlreichen Pflastern aus dem Strukturfonds und anderen Töpfen abspesen lassen. Salvini wird nun als erster den Lackmusestest: Was ist dir die EWWU, also die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, wert? einfordern. Danach kommt Macron ...

Wenn weder das eine noch das andere durchsetzbar scheint, wird Salvini sagen: Dann geben

### Schuldenbremse

Alle EU-Länder mit Ausnahme Großbritanniens und Tschechiens haben 2012 einen so genannten Fiskalvertrag unterzeichnet. Darin haben sich alle Staaten verpflichtet, „durch Bestimmungen verbindlicher und dauerhafter Art, vorzugsweise mit Verfassungsrang“ sogenannte Schuldenbremsen zu installieren. Eine solche Schuldenbremse verlangt von einem Land, dessen Staatsschuldenquote 60 Prozent übersteigt (Italien liegt zurzeit bei über 130 Prozent), dass sein sogenanntes strukturelles Defizit 0,5 Prozent des BIP nicht überschreiten darf. Da auch Italien diesen völkerrechtlichen Vertrag unterzeichnet hat, wird dem Land nun formal zu Recht vorgeworfen, mit dem geplanten Haushaltsdefizit von 2,4 bzw. aktuell mit 2,2 Prozent seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachzukommen. JG

wir den Gedanken in die Runde, aus dem Euro auszusteigen. Also zurück zur Lira! Dass das nicht zwingend im Elend oder Chaos enden muss, haben bspw. die Is-

länder nach der Wirtschaftskrise 2008 vorgemacht. Dies zeigt der nachfolgende Artikel.

JOACHIM GEFFERS

# Euro-Ausstieg – Was dann?

Das Beispiel Island zeigt, dass man mit einer nationalen Währungspolitik nicht scheitern muss

Verschiedene Autoren (wir eingeschlossen) haben sich in der Vergangenheit mit der unserer Meinung nach falschen Ansicht, dass mit Wechselkursanpassungen nach einem Euro-Ausstieg wenig auszurichten sei, theoretisch auseinandergesetzt. Wir möchten die dort vorgetragene Argumentation hier nicht wiederholen. Stattdessen wollen wir diese Behauptung empirisch überprüfen, und zwar am Beispiel Islands, eines Landes, dessen Währung sich zwischen 2008 und 2009 drastisch abwertete.

Island bietet sich auch aus anderen Gründen für einen Test an: Zum einen handelt es sich um einen Fall aus der jüngsten Vergangenheit, zum anderen weist gerade Island alle Kriterien auf, die nach Auffassung von

Kritikern eines Abwertungs-szenariums einer erfolgreichen Abwertungsstrategie im Wege stehen: Es handelt sich um ein

sehr kleines Land mit einer wenig diversifizierten Wirtschaftsstruktur, das in hohem Maße von Importen



Isländische Krone

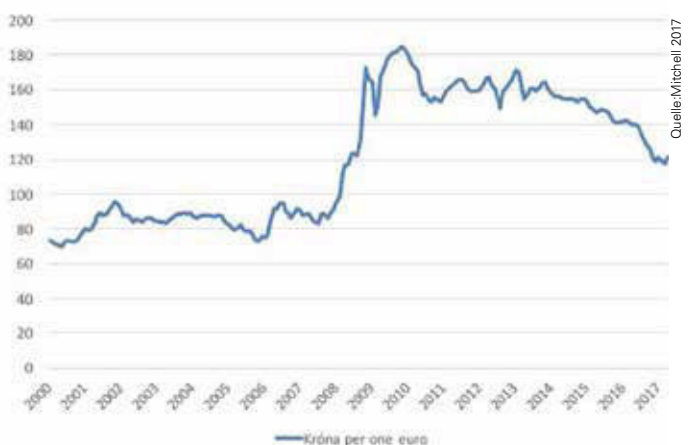


Abbildung 1: Devisenkurs der Isländischen Krone gegenüber dem Euro

abhängig ist (seine Importquote betrug im Jahr 2016 knapp 45 Prozent und lag damit deutlich über derjenigen der Euro-Südländer Spanien, Italien, Portugal und Griechenland).

Sollte sich also feststellen lassen, dass sogar in diesem Land eine wirkungsvolle Abwertung möglich war, so kann wohl kaum noch behauptet werden, dass eine Abwertungsstrategie (nach einem Euro-Austritt) in großen Ländern mit einer vergleichsweise geringen Importabhängigkeit wie etwa Frankreich, Spanien oder Italien, aber auch in kleineren Ländern wie Griechenland oder Portugal von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre.

Island geriet im Oktober 2008 in eine schwere Finanzkrise. Die Bilanzsumme der drei größten Banken des Landes, die in dubiose Immobilienkredite, Finanzwetten und Währungsgeschäfte verwickelt waren, war in den vorangegangenen Jahren auf mehr als das Zehnfache des BIP von Island angewachsen. Da die Operationen der privaten Banken in ihrer großen Mehrheit in Fremdwährungen stattfanden, die Banken damit in ausländischer Währung verschuldet waren, konnte die isländische Zentralbank ihnen nicht zur Seite springen. Rund 90 Prozent des isländischen Bankensystems brachen im Oktober 2008 innerhalb nur einer Woche zusammen und die Regierung musste mit einer Notstandsgesetzgebung eingreifen, um die Volkswirtschaft vor dem kompletten Kollaps zu bewahren.

Wichtig ist nun, dass – obwohl der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem Bereitschaftskreditabkommen („Standby Arrangement“) involviert war – die isländische Regierung nicht mit einer umfassenden Austeritätspolitik auf die Krise reagierte. Stattdessen wurden solange (zuerst sehr hohe) öffentliche Defizite zur Unterstützung des Wachstums

hingenommen, bis die inländischen privaten Ausgaben sich ausreichend erholt hatten. Dazu kamen weitere Maßnahmen wie die Abwicklung der Banken bei gleichzeitiger Sicherung der Einlagen und Kapitalverkehrskontrollen. Einer der wichtigsten Faktoren, die zur raschen Überwindung der Krise führten, war zweifellos die sehr starke Abwertung der Isländischen Krone, die in Abbildung 1 gezeigt wird.

Die Krone wertete sich von 88,53 Kronen je Euro im September 2007 auf 184,64 Kronen je Euro im November 2009 ab (die steigende Kurve in der Abbildung zeigt eine Abwertung der Krone an). Danach stabilisierte sie sich mit der Erholung der Wirtschaft bis Anfang 2014, um anschließend sogar wieder etwas gegenüber dem Euro aufzuwerten. Diese Abwertung der Krone um rund 50 Prozent hatte genau den positiven Effekt, den Kritiker bezweifeln.

Der US-amerikanische Ökonom Dean Baker vom „Center for Economic and Policy Research“ stellte bereits 2012 zur Entwicklung Islands fest: „Da das Land

ner sinken ließ. Dies verteuerte die Importe und reduzierte damit das Volumen der Importe drastisch. Die niedriger bewertete Isländische Krone machte auch seine Exporte billiger, was zu einem starken Anstieg der Exporte führte“ (Übersetzung durch die Verf.). Das schlägt sich deutlich in der Entwicklung der Leistungsbilanz nieder: Verzeichnete Island im Jahr 2008 noch ein immenses Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 23,1 Prozent des BIP, so schrumpfte dieses danach Jahr für Jahr auf schließlich nur noch 4,1 Prozent im Jahr 2012. Im Jahr 2013 verbuchte Island dann sogar einen Leistungsbilanzüberschuss von 6 Prozent des BIP. Der positive Leistungsbilanzsaldo blieb auch in den Folgejahren bestehen.

Aber wie sieht es mit der Inflation in Island aus? Hat die Abwertung der nationalen Währung des Landes einen anhaltenden Inflationsschub ausgelöst, wie nach Wendt zu vermuten wäre?

Abbildung 2 zeigt, dass davon keine Rede sein kann. Zwar stieg die Inflation in Island (gemessen anhand des Verbraucherpreis-

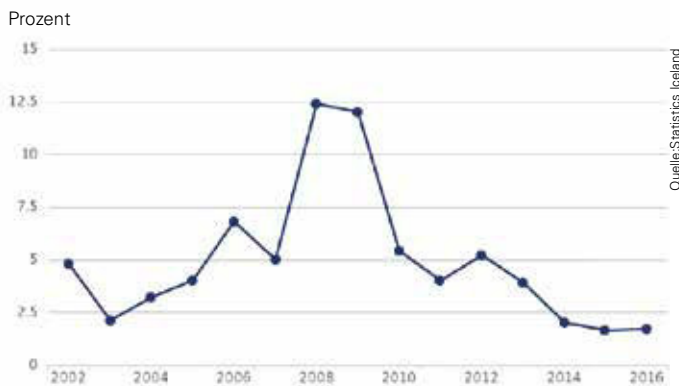


Abbildung 2: Preisindex

eine eigene Währung hat, konnte es viel von der notwendigen Anpassung an die Krise dadurch vornehmen, dass es den Wert seiner Währung relativ zu den Währungen seiner Handelspart-

ner (gemessen anhand des Verbraucherpreisindex) in den Jahren 2008 und 2009 als Folge der abwertenden Isländischen Krone (erwartungsgemäß) deutlich an, aber es handelte sich keineswegs um eine dauerhafte Entwicklung, denn

bereits 2010 sank die annualisierte Rate wieder stark und lag bereits im Jahr 2014 wieder auf etwa gleicher Höhe wie 2003.

War vielleicht die Abwertung der Isländischen Krone deshalb so erfolgreich, d.h. hat sie deshalb zu einer so deutlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Islands geführt (wie an der Entwicklung der isländischen Leistungsbilanz ablesbar), weil sie mit einer entsprechenden Senkung der Reallöhne einherging?

Zur Erinnerung: Busch et al., denen Wendl weitgehend folgt, hatten behauptet, dass eine nominale Abwertung nur bei einer gleich hohen Reallohnsenkung zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit führen könne: „Eine nominale Abwertung erhöht die Importpreise und diese importierte Inflation löst eine Preis-Lohn-Spirale aus, die nach und nach den Effekt der nominalen Abwertung auffrisst. Deshalb argumentieren Autoren wie Dornbusch und Fischer, dass eine nominale Abwertung nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie von einer gleichhohen Senkung der Reallöhne begleitet wird.“

Abbildung 3 zeigt die Veränderung des Reallohnindex in Island – getrennt nach privatem und öffentlichem Sektor – vom ersten Quartal 2005 bis zum

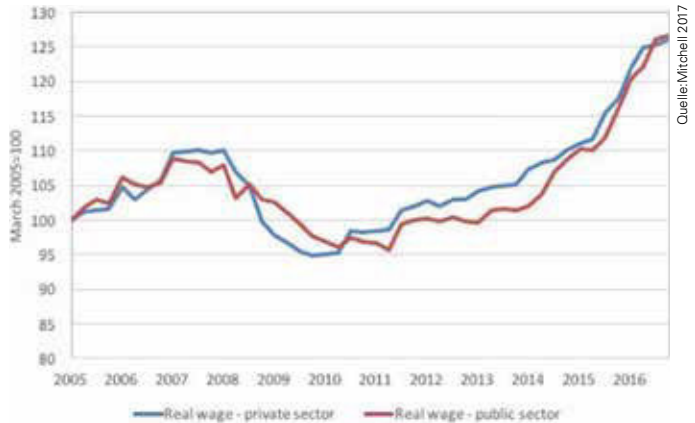


Abbildung 3: Entwicklung des Reallohnindex in Island

vierten Quartal 2016. Zwar kam es mit der Abwertung der Krone tatsächlich zu einer beträchtlichen Reduktion des Reallohnindex in beiden Sektoren – verursacht vor allem durch die steigende Inflationsrate in Island –, aber die Senkung der Reallöhne fiel deutlich geringer aus als die nominale Abwertung der Krone.

Dies zeigt bereits ein Vergleich mit Abbildung 1, wengleich diese nur das Krone/Euro-Verhältnis angibt. Aber auch wenn man verschiedene Wechselkursindizes – etwa des isländischen Statistikamtes Statistics Iceland – heranzieht, die die Wertentwicklung der Krone gegenüber einem handelsgewichteten Korb anderer Währungen

messen, ergibt sich ein sehr ähnliches Ergebnis: Die Abwertung der Isländischen Krone fiel keineswegs mit einer gleich hohen Reallohnreduktion zusammen. Zwar sanken die Reallöhne in Island, aber bei weitem nicht um die vollständige Rate der Abwertung. Trotzdem verbesserte sich – entgegen den Vorstellungen von Busch et al. Und ihrer Referenzen Dornbusch/Fischer – die Wettbewerbsfähigkeit Islands ganz erheblich.

Aber nicht nur das: Wie aus Abbildung 3 ersichtlich, legten die Reallöhne bereits wenige Jahre nach ihrem Rückgang wieder spürbar zu und liegen heute merklich über ihrem Vorkrisenniveau.

Ein Blick auf die Wachstumsraten des BIP soll abschließend noch einmal zeigen, wie gut sich Island von der schweren Krise 2008-2010 erholt hat (Abb. 4).

Nach vorläufigen Berechnungen stieg das reale BIP in Island im letzten Jahr um 7,2 Prozent, nach 4,1 Prozent im Jahr 2015. Die „Süddeutsche Zeitung“ bezeichnete bereits vor knapp einem Jahr die wirtschaftliche Entwicklung in Island als „Wunder“. Ein „Wunder“ muss man aber gar nicht bemühen, um den Erfolg Islands zu beschreiben. Als Erklärung genügen eine kluge Wirtschaftspolitik und

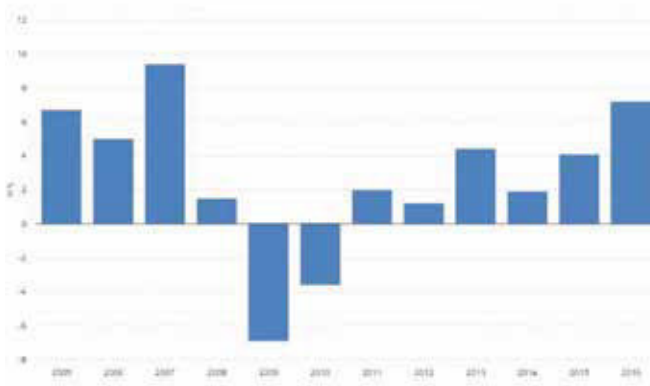


Abbildung 4: Jährliche Wachstumsraten des BIP

die Verfügbarkeit einer eigenen, souveränen Währung.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Sicherlich lässt sich die Situation Islands nicht eins zu eins auf die der Euro-Krisenländer übertragen. Dennoch

stellt sich bei einem Vergleich der ökonomischen Lage in weiten Teilen des Euroraumes mit derjenigen in Island die Frage, ob nicht Länder wie z.B. Italien oder auch Griechenland gut beraten wären, einen Ausstieg aus

dem Euro als ernsthafte Option in Erwägung zu ziehen.

GÜNTHER GRUNERT  
WALTER TOBERGTE  
Abdruck mit freundlicher  
Genehmigung aus:  
MAKROSKOP v.16.5.2017



# Das Europa, das wir wollen

Gemeinsame Erklärung der deutschen und französischen  
Gewerkschaftsbünde

100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, das zur Gründung der IAO führte und zu der Erkenntnis, dass „dauerhafter Frieden nur auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit begründet werden kann“ und dass Arbeit keine Ware ist, befindet sich unser gemeinsames Projekt in einer schweren Krise: ein Europa des Wohlstands und Wohlergehens, das gastfreundlich, offen und demokratisch ist und seinen Bürgern Chancen bietet. Diese Demokratie- und Vertrauenskrise, verbunden mit dem Aufstieg des Populismus, hat viele Gründe – allen voran die Tatsache, dass die sozialen und demokratischen Ideale des europäischen Projekts allzu oft missachtet werden. Die Arbeit wird dabei mehr und mehr zur Ware – aufgrund des ultraliberalen Kurses, zu dem die Mitgliedsstaaten die Europäische Union drängen. „Europa“ verbinden die Europäer heute eher mit Sozialdumping und damit, dass Arbeitnehmer gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden, als mit Frieden, Wohlstand und den geschaffenen Freiheiten. Die Wirtschaftspolitik, die heute in der Europäischen Union praktiziert wird, gefährdet die Errungenschaften in den sozialen Rechten, im Umweltschutz und in der sozialen Demokratie in den Mitgliedsstaaten. Wenn Europa morgen noch bestehen will, muss es unsere Völker wieder näher zusammenbringen und einen Binnenmarkt schaffen, der die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert und diese Rechte nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in der Union fördert: im Zeichen des Fortschritts gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen voranbringen, das war einst das Leitbild der europäischen Einigung.

Wir setzen uns für einen starken und engen multilateralen Zusammenhalt auf unserem Kontinent ein. Um bestehen zu können, muss dieser den Erwartungen der europäischen Bürger und Arbeitnehmer entsprechen. Die Geschichte erinnert uns an die gemeinsame Verantwortung unserer beiden Länder bei der Sicherung des sozialen Friedens in Europa (Wir sind gemeinsam Träger der „Plattform des EGB für die Zukunft Europas“, verabschiedet am 27.10.2016).

Vor diesem Hintergrund kommt Deutschland und Frankreich als Zugkräften des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhaltes in Europa eine besondere Verantwortung zu. Unsere beiden Länder waren nicht nur entscheidend an der Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses beteiligt, sie profitieren auch in beträchtlichem Maße von der Europäischen Union. Wir fordern unsere Regierungen dazu auf, Antworten auf die Zukunftsfragen der EU und ihrer Architektur zu geben und so ihren Beitrag zur Solidarität und Aufwärtskonvergenz in Europa zu leisten.

Daher erwarten wir insbesondere von den Regierungen Frankreichs und Deutschlands, dass sie in diesem Sinne handeln. So scheint es uns ein starkes Signal zu sein, bald einen neuen Elysee-Vertrag zu verabschieden – denn der „deutsch-französische Motor“ ist entscheidend, wenn wir Lösungen finden wollen für die zahlreichen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist. Dies bedeutet eine tiefgreifende soziale Erneuerung der Europäischen Union – die von einer bilateralen Initiative Deutschlands und Frankreichs an-

gestoßen und getragen werden kann. Die Annäherung der sozialen Verhältnisse in unseren Ländern im Zeichen des Fortschritts muss in dieser Hinsicht richtungsweisend sein.

Ein von den Bevölkerungen unterstütztes und akzeptiertes Europa muss die soziale Gerechtigkeit zu einer Priorität machen. Dieses Europa steht für die Solidarität, für die die Arbeitnehmer eintreten. Die entfesselte Konkurrenz und der Egoismus der Mitgliedsstaaten sind als Funktionsprinzipien gescheitert. Dieses Europa bedarf, wohl bemerkt, eines Transfermechanismus; das liegt im Wesen der Solidarität. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist de facto bereits eine Transferunion: Sie stärkt die leistungsstarken Mitgliedsstaaten zulasten der anderen – vor allem, indem sie junge Arbeitnehmer nach Westeuropa lockt, wo diese dann in die Systeme der sozialen Sicherung einzahlen, während sie in ihren Herkunftsländern schmerzlich fehlen. Insbesondere unsere beiden Länder profitieren davon. All das ist nicht nachhaltig. Die reichen Länder dürfen nicht damit weitermachen, denjenigen die Solidarität zu verweigern, die noch ein Stück des Weges vor sich haben.

---

*Die Wirtschafts- und Währungsunion ist de facto bereits eine Transferunion: Sie stärkt die leistungsstarken Mitgliedsstaaten zulasten der anderen*

---

Die Umsetzung des Sozialen

Europa bedarf allem voran einer Reform der wirtschaftlichen und sozialen Governance der Eurozone. In einer Region mit gemeinsamer Währung, aber ohne gemeinsame wirtschaftspolitische Instrumente büßen notwendigerweise die Arbeiter für die Anpassungsvorgänge in den Mitgliedsstaaten. Sie sind es, die am meisten unter den Konsequenzen der internen Abwertung leiden. Deshalb fordern unsere Organisationen eine verbesserte ökonomische und soziale Governance, die mindestens die folgenden drei Elemente umfasst:

- Ein europäischer Währungsfonds unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments, um in Zukunft Zahlungsbilanzkrisen zu vermeiden, die sich in der Folge zu Haushaltskrisen der Mitgliedsstaaten entwickeln können.
- Ein gemeinsames Budget für die Euro-Zone, um die In-frastruktur im Sinne der „Just Transition“ zu modernisieren, Investitionen in nachhaltige Entwicklung zu lenken und die wirtschaftliche und soziale Konvergenz zu fördern.
- Ein automatischer Stabilisator, bspw. in Form einer Europäischen Arbeitslosenrückversicherung, der künftige asymmetrische Schocks in der Euro-Zone zu dämpfen vermag. Ein Abbau der sozialen Sicherung, wie er in Griechenland bereits stattgefunden hat, darf sich nicht wiederholen.

Wir fordern europäische Institutionen, die in der Lage sind, das in Europa so weit verbreitete

Sozial-, Steuer- und Lohndumping effektiv zu bekämpfen. Eine Europäische Arbeitsbehörde, die die Sozialpartner zusammenbringt, muss in erster Linie dazu befähigt werden, bei unlauterem Wettbewerb einzugreifen und diesen zu verhindern; außerdem muss sie dazu beitragen, grenzüberschreitende Konflikte zwischen nationalen Behörden zu schlichten.

Unsere Organisationen rufen dazu auf, die soziale Agenda und das soziale Modell Europas zu stärken. Als sozial hoch entwickelte Länder müssen sich Deutschland und Frankreich für eine europäische Aufwärtskonvergenz einsetzen; dies erfordert vor allem harmonisierte Mindeststandards in der EU nach dem Prinzip des „gold plating“: diejenigen, die sich höhere Normen wünschen, müssen diese auch anwenden können. Die steigenden Fortschritte des sozialen Europas zu garantieren, geht damit einher, das Prinzip des Rückschrittsverbots zu achten – nur unter dieser Bedingung können die EU-Acquis Bestand haben.

Da in nächster Zeit einige Schicksalsmomente für die Zukunft Europas anstehen, insbesondere die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019, rufen wir die beiden Regierungen dazu auf, eine aktive Rolle in der Debatte einzunehmen, um endlich neue Wege für unseren Kontinent zu gehen. Der soziale Fortschritt muss fortan gegenüber allen anderen Themen eine Priorität darstellen.

Das deutsch-französische Tandem muss, gemeinsam mit allen Europäern, den Weg weisen in Richtung eines Europas, das seine Bürger und Arbeitnehmer schützt und ihnen Rechte garantiert – ganz egal, wo sie ihrer Beschäftigung nachgehen. Nur so kann die verwerfliche Konkurrenzsituation zwischen Arbeitnehmern unterschiedlicher Herkunft beendet werden. Deren Anspruch auf eine soziale Demokratie, Tarifschutz und die Gewährleistung kollektiver Rechte ist in dieser Hinsicht essentiell. Es muss möglich sein, durch Steuereinnahmen öffentliche Leistungen von hoher Qualität für alle Bürger zu finanzieren und Umverteilung zu betreiben, um gegen Ungleichheit zu kämpfen; gleichzeitig müssen die Steuersysteme harmonisiert werden, damit Steuervermeidung verhindert werden kann.

Seit der Krise von 2008 und der Austeritätspolitik in Europa sind es die Arbeiter, die unter den Folgen der „Finanzialisierung“ der Wirtschaft und der Bankenrettung leiden. Ihre Gehälter stagnieren und ihre Kaufkraft sinkt. Die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen Europas sind weit davon entfernt, sich anzugleichen. Die Unterschiede

zwischen effektiven Löhnen und Mindestlöhnen zwischen unseren beiden Ländern sind signifikant.

Wir müssen der Jugend eine berufliche Zukunft in Europa ermöglichen und gegen die Zunahme prekärer Arbeit kämpfen, welche aus der Deregulierung in unseren Ländern resultiert.

Wir weisen die Idee einer „Festung Europa“ zurück. Unsere Traditionen und Werte verpflichten uns dazu, diejenigen aufzunehmen und ihnen Gastfreundschaft zu bieten, die bei uns Zuflucht suchen. Diese Offenheit muss solidarisch sein, vor allem gegenüber den Mittelmeer-Anrainerstaaten an der EU-Außengrenze, wo die Flüchtenden zum ersten Mal europäischen Boden betreten. Es ist nötig, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren – und zwar unter denselben Bedingungen wie die einheimischen Arbeiter. Wer auf europäischem Gebiet oder auf Schiffen im Mittelmeer Hilfe für Flüchtende leistet, muss unterstützt und geschützt werden. Das internationale Recht verpflichtet uns zu Seenotrettung. Wir fordern daher unsere Regierungen dazu auf, Schiffen in humanitären Einsätzen den Zugang zu ihren nationalen Seeflaggen zu erleichtern. Wir setzen uns für eine offene, demokratische und tolerante Gesellschaft ein. Unsere Organisationen lehnen fremdenfeindliche Tendenzen, Rechtsextremismus und Populismus entschieden ab, da diese unsere grundlegenden Freiheiten infrage stellen.

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 bleibt in unseren Augen das zentrale Leitbild unseres

Entwicklungsmodells. Nur eine „Just Transition“ in Richtung einer weniger kohlenstoffintensiven Wirtschaft kann Europa nachhaltigen Wohlstand bringen. Diese Veränderungen müssen durch die Zusammenarbeit unserer Länder entstehen und nicht in einem Kontext von zügelloser Konkurrenz.

In diesem Zusammenhang muss auch die Handelspolitik unseres Kontinents die soziale Sicherung und die Rechte der Arbeiter als notwendige Regeln zwischen den Mitgliedsstaaten anerkennen. Unterschiede zwischen den „Arbeitskosten“ dürfen in keinem Fall als legitimer Wettbewerbsvorteil im Handel zwischen Staaten gelten. Werden diese Regeln missachtet, so muss dies rechtlich bindende Folgen haben. Transnationale Konzerne und deren internationale Firmenzweige müssen als Auftraggeber haften. Ein verbindlicher Beschwerdemechanismus für Geschädigte muss eingeführt werden.

Die Europäische Säule Soziale Rechte, die 2017 in Göteborg ausgerufen wurde, zeugt von guten Vorsätzen. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen und ihren Worten Taten folgen lassen. Deshalb setzen sich unsere Organisationen für eine verstärkte soziale Konvergenz unserer beiden Länder ein und sehen in der vertieften Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland einen wichtigen Faktor für ein soziales und solidarischeres Europa.

PARIS, DEN 9. NOVEMBER 2018

## GEW-Jahrestagung Internationales

Bad Hersfeld, 8./9. Februar 2019

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Hauptvorstand



Europa ist in keinem guten Zustand. Rechtspopulistische und demokratiefeindliche Kräfte sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 geht es um nicht weniger als um die Demokratie in Europa und die sozialen Säulen der Europäischen Union.

- Welches Europa wollen wir?
- Was sind die Forderungen der Gewerkschaften zur Europawahl?
- Was können wir tun, damit die Menschen wählen gehen?

Diese Fragen wollen wir mit der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe, ihrem Stellvertreter Andreas Keller und Gästen des DGB und europäischer Bildungsgewerkschaften diskutieren. Dabei wollen wir uns nicht allein auf die EU beschränken, sondern die Perspektiven des ganzen Kontinents Europa ins Auge fassen und zudem auch einen Blick nach Lateinamerika richten. Zielgruppe der Tagung sind haupt- und ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen, die sich für die GEW international engagieren.

**Freitag, 8. Februar 2019, 15:00 bis 20:00 Uhr**

**Samstag, 9. Februar 2019, 9:00 bis 15:00 Uhr**

Die Tagung findet im **Hotel am Kurpark**, Am Kurpark 19-21, 36251 Bad Hersfeld statt (<http://www.hotelamkurpark.net>). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Der Teilnahmebeitrag beträgt 30 € (Studenten, Arbeitslose und RuheständlerInnen: 20 €)

Die **Anmeldung** erfolgt online über die GEW-Internetseite: [www.gew.de/internationales-2019](http://www.gew.de/internationales-2019)

**Anmeldeschluss** ist der 15. Januar 2019. Fahrtkosten werden nach GEW-Reisekostenrichtlinien erstattet. Weitere Informationen bei Manfred Brinkmann, Tel.: 069 78973329, E-Mail: [manfred.brinkmann@gew.de](mailto:manfred.brinkmann@gew.de)